

## **Klassenkampf in der „Betriebsgemeinschaft“**

---

Michael Voges, geb. 1952 in Bremen, Studium der Germanistik, Geschichte und Soziologie in Kiel, ist seit 1980 wiss. Angestellter am Institut für Literaturwissenschaft der Universität Kiel.

### Die Niederlage der organisierten Arbeiterbewegung

Die Bändigung der Arbeiterklasse im Dritten Reich ist nicht vorstellbar ohne die brutale, mit terroristischen Mitteln erzwungene Zerstörung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Organisationen der deutschen Arbeiterbewegung. Fünf Millionen Mitglieder der im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund verbundenen Gewerkschaften, über eine Million Parteimitglieder der SPD, die noch 1931 in 9844 Ortsgruppen organisiert waren, 300000 Mitglieder der KPD waren davon betroffen; aber auch die Mitglieder der altersspezifischen Organisationen der Sozialdemokratie und der Kommunistischen Partei, die Kämpfer des Reichsbanners, die Mitglieder von assoziierten Sport- und Kulturvereinen, von Konsumgenossenschaften und Arbeiterwohlfahrt und viele andere mehr. Nicht zu vergessen die 7,18 Millionen Wähler, die noch am 5. März 1933 für die SPD, die 4,8 Millionen, die für die KPD ihre Stimme abge-

geben hatten. SPD und KPD erhielten in den letzten, schon längst nicht mehr „freien“ Wahlen zusammen 30,4 Prozent der Stimmen, im „roten Wedding“ von Berlin waren es noch über 60 Prozent.<sup>1</sup> Die Zerstörung der organisierten Arbeiterbewegung wurde begleitet von Verhaftungs- und Terrorwellen, der ein Großteil des Funktionärskorps von Gewerkschaften und Parteien zum Opfer fiel. Die Organisationen selbst sahen sich zur Aufgabe gezwungen, zum Exil oder zur Illegalität.

Die Frage ist häufig und mit Nachdruck gestellt worden, wie es möglich war, daß die organisierte deutsche Arbeiterbewegung trotz des erheblichen politischen und wirtschaftlichen Gewichts, das sie besaß, sich nahezu kampflos dem faschistischen Gegner übergab. Wie und warum konnte die Bändigung der Arbeiter unter dem Nationalsozialismus gelingen? Warum kam es nicht zu einem breiten Aufbegehren, zu einem mehr oder minder gewaltsamen organisierten Widerstand gegen das faschistische Regime?

Tim Mason hat kürzlich auf subtile Weise die Implikationen einer derartigen Fragestellung aufgedeckt, die ja - zumeist unreflektiert - das real Mögliche als alternativen Modus der Geschichte zu etablieren versucht. Überaus schwierig nämlich ist es, „plausibel und genau zu bestimmen, *was* denn nun eigentlich nicht geschehen ist, aber hätte geschehen können: Es muß angesichts der damaligen Situation real vorstellbar sein“ } In der Tat muß es das Ziel einer kritisch verstandenen Gesellschaftsgeschichte sein, mit der Beschreibung und Erklärung von Strukturen und Prozessen die Bedingungen historischen Verhaltens anzugeben, Bedingungen, die nicht allein das Wirkliche zum Unausweichlichen, zum Notwendigen (v)erklären, sondern auch das Mögliche als aus bestimmten Gründen verhinderte Option der Geschichte erkennbar werden lassen. Allerdings bleibt eine strategisch fruchtbare und methodisch legitime Verwendung der Kategorie des historisch Möglichen gebunden an eine umfassende Aufarbeitung des historisch Wirklichen, die in bezug auf Lage und Verhalten der Arbeiter im Dritten Reich noch längst nicht abgeschlossen ist.

Die Frage nach den Ursachen des Scheiterns der deutschen Arbeiterbewegung vor und nach 1933 und die Frage nach den real möglichen Alternativen politisch eingreifenden Verhaltens behalten ihre kritische Kraft nur solange,

---

1 Der Beitrag gibt eine knappe Zusammenfassung der Ergebnisse meiner 1981 erschienenen Untersuchung: Klassenkampf in der „Betriebsgemeinschaft“. Die „Deutschland-Berichte“ der SOPADE (1934 - 1940) als Quelle zum Widerstand der Industriearbeiter im Dritten Reich, in: Archiv für Sozialgeschichte XXI. 1981. S. 329 - 383. Auf Belegstellen und eine Dokumentation der Sekundärliteratur wird durchgängig verzichtet, ebenso auf eine Auseinandersetzung mit seither erschienenen Beiträgen zum Thema. - Zu den genannten Zahlen vgl. Klassenkampf in der „Betriebsgemeinschaft“, S. 330 und 344.

2 Timothy W. Mason. Die Bändigung der Arbeiterklasse im nationalsozialistischen Deutschland. Eine Einleitung, in: Carola Sachse et al., Angst, Belohnung, Zucht und Ordnung. Herrschaftsmechanismen im Nationalsozialismus, Opladen 1982, S. 11 - 53. hier S. 14 f.

wie sie nicht den Blick verstellen auf die tatsächlich beobachtbaren Verhaltens- und Bewußtseinsformen der Arbeiter unter dem faschistischen Regime. Dabei ist die Niederlage der Organisationen nicht zu verwechseln mit einem völligen Erliegen des Klassenkampfes. Die Arbeiterbewegung im Dritten Reich war nicht nur Objekt ökonomischer und politischer Zwänge und Gesetzmäßigkeiten, die in unvorstellbar grausamer Weise von ihr Besitz ergriffen; sie war zugleich zu einem großen Teil in der Lage, sich als Subjekt zu erhalten, in der als Solidaritätsgemeinschaft erfahrenen Klasse Widerstandskraft auszubilden gegenüber faschistischen Vereinnahmungen. Die Erforschung dieser Resistenz auszuklammern, hieße auf eines der wichtigsten Lernfelder zu verzichten, das die Geschichte für die Gegenwart bereitstellt.

### Klassenformation im Dritten Reich

Bevor die wichtigsten Ergebnisse einer Untersuchung zu Verhaltens- und Bewußtseinsformen der Industriearbeiter in den Betrieben des Dritten Reichs mitgeteilt werden, muß noch einmal das Organisationsproblem berührt werden. Auch sind terminologische Vorklärungen unumgänglich. Die nationalsozialistische Beseitigung gewerkschaftlicher Institutionen auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene warf die Arbeiter in mehr als einer Hinsicht zurück auf das Niveau des frühindustriellen Verhältnisses von Kapital und Arbeit; mit dem entscheidenden Unterschied allerdings, daß die in den Mitgliedern aufgehobene politische und gewerkschaftliche Erfahrung, die lebensweltlich vermittelte Tradition der Arbeiterbewegung, fortbestand und nicht einfach verboten werden konnte. Dabei trat der Betrieb in den Mittelpunkt des Interesses. Es war der gemeinsam erfahrene Alltag im Betrieb, der die Grundlage spontaner kollektiver Aktionen bildete, die wiederum die Identifikation gemeinsamer Interessen, die Entstehung von Solidarität förderten. Dennoch stellt sich die Frage, was der Verlust der Organisation für die Arbeiter bedeutete. Welche Folgen hatte er für die Arbeiterklasse, für die Entwicklung des Klassenbewußtseins, den Klassenkampf?

Der englische Sozialhistoriker Edward P. Thompson versteht Klasse als eine genuin historische Kategorie, deren Verwendung eine langfristige Beobachtung sozialer Prozesse zur Voraussetzung hat: „Klasse ergibt sich daraus, wie Männer und Frauen ihre Produktionsverhältnisse leben, wie sie ihre festgelegte Position innerhalb des Ensembles der sozialen Bedingungen mit ihrer erworbenen Kultur und ihren ererbten Erwartungen erfahren und wie sie diese Erwartungen kulturell verarbeiten.“<sup>3</sup> So gesehen geht der Klassenkampf dem Vorhandensein von Klassen und Klassenbewußtsein voraus.

<sup>3</sup> Edward P. Thompson, Die englische Gesellschaft im 18. Jahrhundert. Klassenkampf ohne Klasse? in: Plebejische Kultur und moralische Ökonomie. Aufsätze zur englischen Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts, ausgewählt und eingeleitet von Dieter Groh, Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1980, S. 247-289 (268).

Ist die Verwendung des Klassen-Konzepts im 18. Jahrhundert nur eingeschränkt möglich, weil vermittelnde Kategorien, z. B. aus Recht und Religion, die Klassengegensätze überlagern, so wird vom 19. Jahrhundert an die Vorstellung von „Klassen“ zunehmend im Bewußtsein der historischen Subjekte verankert. Zugleich entstehen als ihr organisatorischer Ausdruck Parteien, Gewerkschaften und Verbände. Die Kollektivität, immer schon Kennzeichen proletarischer Interessenvertretung, verlangt nach dem zunehmenden Bedeutungsverlust lokaler, regionaler, religiöser oder berufsspezifischer Differenzierungen nach effizienter Organisation auf zentraler Ebene.

Neben den täglich auf Betriebsebene erfahrenen Klassenkampf, neben das, wie Eric Hobsbawm in Anlehnung an Lenin formuliert, „trade union consciousness“ tritt allmählich das „socialist consciousness“, das, aufbauend auf der ersteren, vorwiegend ökonomisch-gewerkschaftlich ausgerichteten Bewußtseinsform, allgemeine politische und systemverändernde Zielsetzungen und Strategien reflektiert.<sup>4</sup>

Bezogen auf die Situation der deutschen Arbeiterklasse im Dritten Reich heißt das: noch immer geht der Klassenkampf der Klasse voraus, noch immer ist die Beobachtung des Verhaltens der an Klassenauseinandersetzungen beteiligten Gruppen die Voraussetzung für eine Konzeptualisierung des Klassenbegriffs, der auf die Besonderheit der Situation abheben muß. Zwar darf die Zerstörung der Organisationen in ihrer lähmenden und destruktiven Wirkung keinesfalls unterschätzt werden. Sie sollte jedoch nicht mit einem Ende jeden Klassenkampfes gleichgesetzt werden. Und das, was nach Abzug der Organisation von der Arbeiterbewegung im Dritten Reich übrig blieb, war weit mehr als das, was von der Forschung bisher unter der Rubrik „illegale Arbeit“ verbucht worden ist. Vielmehr hat der Betrieb als zentraler Ort der Erfahrung sozioökonomischer proletarischer Wirklichkeit in dem Maße an Bedeutung für die Formulierung und Durchsetzung alltäglicher Interessen gewonnen, wie der Verlust der Organisation fühlbar wurde; das „trade union consciousness“, entwickelt auf der Grundlage kollektiver solidarischer Aktionen, hat den Prozeß der Klassenformation unter dem nationalsozialistischen Regime entscheidend beeinflußt.

Der terroristische Rahmen der nationalsozialistischen Wirtschafts- und Sozialpolitik zwang die Arbeiter zum Verzicht auf die gewohnten Instrumente der Klassenauseinandersetzung wie öffentliche Demonstrationen, Streiks, Agitation in Presse und Versammlungen. Neue Artikulationsformen des Klassenkampfes wurden gesucht und gefunden, die den neuen Verhältnissen besser

---

<sup>4</sup> Eric J. Hobsbawm, *Class consciousness in History*. in: *Aspects of History and Class consciousness*. hrsg. von István Meszaros, London 1971, S. 5-21, hier S. 14 f.

Rechnung tragen konnten. Ihre Wirksamkeit ist insgesamt an der nationalsozialistischen Sozialpolitik abzulesen: „Das Regime verhielt sich von Anfang an bis zum Ende des Dritten Reiches so, als ob die Arbeiterklasse noch immer eine besondere Klasse mit spezifischen Erfahrungen und Interessen verkörperte - Erfahrungen und Interessen, welche die Basis von kollektivem, systembedrohendem Handeln bilden könnten.“<sup>5</sup> Die Politik des Terrors, der Propaganda und der materiellen Zugeständnisse beschreibt den Klassenkampf von oben. Der Klassenkampf von unten ist bisher weitgehend negativ aus der Politik des Klassegegners abgeleitet worden. Er stand im Zentrum einer Analyse der Betriebsberichterstattung in den „Deutschland-Berichten“ der SOPADE, der Exilorganisation der deutschen Sozialdemokratie.

### Berichte teilnehmender Beobachter

Die „Deutschland-Berichte“, die von April 1934 bis April 1940 in der Regel monatlich vom Parteivorstand in Prag, später in Paris herausgegeben wurden, sind ein Ergebnis der politischen Berichterstattung der SOPADE.<sup>6</sup> Eine Vielzahl von Einzelberichten informierte über die Situation im Innern Deutschlands: von der Reaktion der Hausfrau auf Lebensmittelknappheit und Preissteigerungen bis zu den Folgen der Rohstoffknappheit für die Bewegungsfreiheit der Facharbeiter, von der „Drückebergerei“ der Arbeiter bei „Betriebsappellen“ und „Kameradschaftsabenden“ bis zu dem Zustandekommen kollektiver Aktionen und Arbeitsniederlegungen im Betrieb. Dem Organisator der politischen Berichterstattung, Erich Rinner, ging es um eine quasi wissenschaftliche Auseinandersetzung vieler einzelner Berichtersteller mit den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Vorgängen im Dritten Reich. Ein Schema hielt die illegal wirkenden Mitarbeiter der SOPADE zur regelmäßigen und systematischen Beobachtung ihrer eigenen Lebens- und Arbeitswelt an.

Auf über 9000 Seiten wurde so ein Material zusammengetragen, das Franz Jung schon 1961 „eine Fundgrube der Quellenforschung von unermesslichem Wert für die Soziologie des Nationalsozialismus und die Vorbereitung des zweiten Weltkrieges“ nannte.<sup>7</sup> Die „Deutschland-Berichte“ haben, abgesehen von einer kurzfristigen Aktualität im Zusammenhang mit ihrer Neuedition 1980, wissenschaftlich gesehen ein Schattendasein gefristet. Skepsis gegenüber den parteilichen Berichten aus der Opposition überwog auch und gerade bei jenen Historikern, die der Gestapo, den Gerichten, Staats- und Parteistellen eine Art „institutioneller Neutralität“ bescheinigten.

<sup>5</sup> Timothy W. Mason, Sozialpolitik im Dritten Reich. Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, Opladen 1977, S. 10.

<sup>6</sup> Klaus Behnken, Hrsg., „Deutschland-Berichte“ der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SOPADE), 7 Bde., Frankfurt/M. 1980. Eine ausführliche Quellenkritik in: Klassenkampf in der „Betriebsgemeinschaft“, S. 332-342.

<sup>7</sup> Franz Jung, Der Weg nach unten. Aufzeichnungen aus einer großen Zeit, Neuwied/Berlin 1961, S. 430 f.

Allerdings können die in den „Deutschland-Berichten“ gesammelten Daten und Informationen den Kriterien statistisch exakter Repräsentation sozioökonomischer Verhältnisse im Dritten Reich nicht genügen. Weder der Einzelfall als solcher ist unter wissenschaftlichen Aspekten als zuverlässig zu betrachten, noch das quantifizierte Gesamt aller berichteten Fälle. Dennoch ist das Material der SOPADE-Berichte sehr wohl dazu geeignet, die Erkenntnis und eine vorsichtige quantitative Gewichtung typischer Bewußtseins- und Verhaltensformen bestimmter sozialer Gruppen zu ermöglichen. Die Berichte haben den Status zeitgenössischer Beobachtung gesellschaftlicher Wirklichkeit. Sie können daher, ihrem erklärtermaßen wissenschaftlichen Anspruch Rechnung tragend, als Ergebnis der aus der Soziologie bekannten Methode der „teilnehmenden Beobachtung“ verstanden werden.<sup>8</sup> Die Analyse von Verhaltens- und Bewußtseinsformen von Industriearbeitern im Dritten Reich, die sich auf die Ergebnisse der Betriebsberichterstattung der SOPADE stützt, hatte daher dem Doppelcharakter der „Deutschland-Berichte“ gerecht zu werden: Neben der beobachteten sozialen Wirklichkeit wurde die Beobachtung selbst zur kritisch verwendeten Grundlage der Untersuchung.

### Lohnkampf im Betrieb

Erst allmählich ist es der Forschung gelungen, die nationalsozialistischen Propagandaformeln vom Festlohn und Festpreis als solche zu entlarven.<sup>9</sup> Lohnhöhe und Lohngefüge waren im Dritten Reich ebenso erheblichen Veränderungen unterworfen wie die Lebenshaltungskosten. Hinter dem langsamen Anstieg des Reallohnindex verbarg sich ein vielfältiges Auf und Ab von Löhnen und Preisen. Die Rüstungskonjunktur hatte eine einseitige Bevorzugung der Produktionsgüterindustrie zur Folge. Im Bereich der Produktionsgüterindustrie waren es wiederum insbesondere die von Staatsaufträgen abhängigen Rüstungsbetriebe und in ihnen wiederum die hochqualifizierten Facharbeiter, die am stärksten von der wirtschaftlichen Prosperität profitierten. Dagegen litten die Betriebe und Arbeiter der Konsumgüterindustrien von Anfang an unter dem Auftragsmangel im Inland; später kamen infolge von Rohstoff- und Devisenknappheit Exportschwierigkeiten hinzu. Die „Differenzierung“ - ob bewußt eingesetztes staatliches Mittel zur Zerstörung der Lohnsolidarität oder „anarchische“ Folge der unorganisierten Lohnkämpfe an der Basis - war das charakteristische Merkmal des Lohngefüges im Dritten Reich.

Eine Vielzahl von Lohnbewegungen wurde ausgelöst, begleitet oder beantwortet von Aktionen der Arbeiter. Gekämpft wurde sowohl gegen den heimli-

---

<sup>8</sup> Vgl. dazu Rene König, Hrsg., Grundlegende Methoden und Techniken der empirischen Sozialforschung. Erster Teil, Stuttgart 1973, S. 1-65.

<sup>9</sup> Zur Lohnpolitik vgl. jetzt auch die z.T. abweichenden Ergebnisse von Tilla Siegel, Lohnpolitik im nationalsozialistischen Deutschland, in: Sachse et al., Angst, S. 54 - 139, und den Beitrag der Verf. in diesem Heft.

chen Lohnabbau als auch für mehr Lohn. Der Lohnkampf erfuhr eine qualitative Veränderung infolge der zunehmenden Vollbeschäftigung ab 1936. Der rüstungsverzerrte Arbeitsmarkt steigerte den Wert des einzelnen Arbeiters erheblich; der Mangel an Facharbeitern führte zu teilweise grotesken Überbietungen (zum „Wegengagieren“) der Unternehmer bei der Anwerbung von Arbeitskräften und damit zu einer erheblichen Verstärkung der Position der Arbeiterschaft insgesamt. Eine angemessene Einschätzung dieses Lohnkampfes hat zu berücksichtigen, daß dieser sich nicht auf eine Organisation stützen konnte, daß er in der Regel auf einen Betrieb oder in Großbetrieben auf eine Betriebsabteilung beschränkt blieb und daß er ständig mit einem wenig berechenbaren Terror auf Seiten des Klassengegners konfrontiert war.

Eine Folge des Verlusts der Gewerkschaften, der Entrechtung, der Isolation und der Einschüchterung war die Individualisierung der Lohnverhandlungen. Hochqualifizierte Arbeiter verhandelten einzeln und direkt, d. h. ohne den Vertrauensrat oder den Betriebsobmann der Deutschen Arbeitsfront (DAF) bzw. der Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation (NSBO) einzuschalten, um die Arbeitszeitbewertung der von ihnen hergestellten Einzelstücke. Der tägliche Kampf um Pfennige hielt sie in devoter Stellung gegenüber dem Vorgesetzten, er zerstörte die Solidarität im Betrieb.

Meist waren es die vielumwobenen Facharbeiter, die sich einzeln um die Verbesserung ihres Lohnes bemühten. Sie konnten es sich sogar leisten, durch Kündigung ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Das selbstbewußte Auftreten dieser Spezialisten wurde in den „Deutschland-Berichten“ unterschiedlich beurteilt. Einerseits gab der individuelle Lohnkampf eine adäquate und nicht selten mutige Antwort auf die Bedingungen für Lohnverhandlungen im Dritten Reich. Er wurde übrigens gelegentlich auf Abteilungs- oder Betriebsebene koordiniert und so indirekt kollektiv mitgetragen. Andererseits förderte die Individualisierung in erheblichem Ausmaß egoistische Verhaltensweisen, Unterwürfigkeit, „Anschmiererei“ und einen Wettbewerb, der die Grundlage des Zusammengehörigkeitsgefühls im Betrieb bedrohte.

Daneben gab es jedoch eine Reihe von kollektiven Techniken des Lohnkampfes, in denen sich keimhaft die Solidarität der Arbeiter im Betrieb entfalten konnte. Diese Aktionen besaßen eine eigentümliche Zwischenstellung zwischen Spontaneität und Planung. Sie bedurften zu ihrer Vorbereitung keiner festen Organisation; andererseits waren sie ohne Absprache auf Betriebs- und Abteilungsebene undurchführbar. Ein häufig verwendetes Mittel war die kollektive Kündigung. Sie stand deutlich in Zusammenhang mit der günstigen Arbeitsmarktsituation bestimmter Arbeiterkategorien besonders in Rüstungsbetrieben. Andere Berichte erwähnen direkte Verhandlungen gewählter Dele-

gationen von Arbeitern mit der Betriebsführung oder eine geschickte Instrumentalisierung des Vertrauensrats, der NSBO und der DAF.

Besondere Aufmerksamkeit verdienen in diesem Zusammenhang die Arbeitsniederlegungen, die im faschistischen Deutschland mit drakonischen Sanktionen belegt waren. Das Eingreifen der Gestapo, willkürliche Verhaftungen oder unverhüllte Drohungen mit dem KZ verdeutlichten den Arbeitern das Risiko, das sie mit einer solchen Aktion eingingen. Die „Deutschland-Berichte“ verzeichnen insgesamt 61 Arbeitsniederlegungen zwischen dem Frühjahr 1934 und 1940. Von ihnen steht der weitaus größte Teil, nämlich 42, im Zusammenhang mit dem Lohnkampf. Die meisten Arbeitsniederlegungen gab es 1935 bis 1937, also in einer Zeit zunehmender Vollbeschäftigung, aber noch vor Beginn der Militarisierung der Betriebe vor dem Krieg. Meist waren nur wenige Arbeiter an den Aktionen beteiligt. Ihre Dauer war unterschiedlich, sie reichte von wenigen Stunden bis zu mehreren Tagen. In fast allen Fällen verließen die Arbeiter nicht den Betrieb, oft nicht einmal ihren Arbeitsplatz.

Die Betriebsberichterstattung zeigt, in welchem starkem Maße ein gewerkschaftlich geprägtes ökonomisches Klassenbewußtsein auch unter den Bedingungen des Faschismus erhalten geblieben ist. Es fand seinen Ausdruck in Lohnkämpfen, die in neuen Formen die alten Widersprüche im Betrieb zum Gegenstand hatten. Nicht die „Volks“- oder „Betriebsgemeinschaft“, sondern der Klassenkampf prägte den Alltag im Betrieb.

### Der Vertrauensrat

Dieser Befund wird durch Berichte bestätigt, die die Behandlung des „Vertrauensrates“ betreffen, den die Nationalsozialisten an die Stelle des früheren Betriebsrates gesetzt hatten.<sup>10</sup> Kein Zweifel kann daran bestehen, daß die große Mehrheit der Arbeiterschaft die effektive Nutzlosigkeit dieser Institution erkannt hat. Die Ergebnisse der Vertrauensratswahlen von 1934 und 1935 bringen - mehr oder minder versteckt - die Ablehnung dieses Instruments der nationalsozialistischen Sozialpolitik zum Ausdruck. Die bei den Wahlen angewandten Taktiken lassen zudem auf kollektive Absprachen der Arbeiter im Betrieb schließen.

Interessant ist, daß gerade die „alten Kämpfer“, die schon vor 1933 zu den Nationalsozialisten gestoßen waren, überdurchschnittlich häufig an Arbeitsniederlegungen und anderen solidarischen Aktionen im Betrieb beteiligt

---

<sup>10</sup> Text des Gesetzes „zur Ordnung der nationalen Arbeit“ vom 20. Januar 1934 in: Reichsgesetzblatt 1, 1934, Nr. 1, S. 45 ff.

waren. Dort, wo sie als Vertrauensräte wirkten und effektive Arbeit leisteten, wurden sie von den Belegschaften geachtet und unterstützt. Ihr Bekenntnis zum Nationalsozialismus wiegte sie oft in falsche Sicherheit. In leichtsinniger Weise setzten sie sich für andere Arbeiter ein, organisierten Versammlungen oder riefen gar „Streiks“ aus, mit der Folge, daß sie verhaftet wurden. Bei dieser Gruppe wird deutlich, wie ein mehr ökonomisch-gewerkschaftlich bestimmtes Klassenbewußtsein und eine nationalsozialistische politische Einstellung für eine gewisse Zeit nebeneinander bestehen konnten. Je konsequenter jedoch der Klassenkampf im Betrieb geführt wurde, desto deutlicher trat der Widerspruch zwischen den Zielen und der Politik des Regimes und den Klasseninteressen hervor. Der Prozeß der Desillusionierung war oft schmerzhaft und führte die „alten Kämpfer“ nicht selten in die Reihen des politisch bewußten Widerstandes im Betrieb. Politisches und wirtschaftliches Klassenbewußtsein näherten sich einander wieder an.

Im übrigen lassen sich eine Reihe von Techniken nachweisen, die das Ziel hatten, die Vertrauensräte zu wirksamen Instrumenten der eigenen Interessenvertretung umzufunktionieren. Dabei spielten frühere Betriebsräte und Gewerkschafter eine besondere Rolle, die seit 1935 wieder häufiger in den Betrieben anzutreffen waren. Versuchten die Arbeiter einerseits, die Vertrauensräte zu „Männern ihres wirklichen Vertrauens“ zu erziehen, so waren sie andererseits bemüht, die arbeiterfeindliche Funktion der im nationalsozialistischen Sinne arbeitenden Vertrauensleute zu entlarven und sie der Lächerlichkeit preiszugeben. Auch diese Taktik geht über eine bloß instinktive Reaktion der Arbeiter hinaus und zeigt das Ausmaß, in dem die NS-Ideologie der „Betriebsgemeinschaft“ als solche durchschaut wurde.

#### Die „Betriebsgemeinschaft“

Klänglich gescheitert ist daher der Versuch der Einrichtung einer „Betriebsgemeinschaft“. Mit Betriebsappellen und Kameradschaftsabenden, DAF-Veranstaltungen und „Kraft durch Freude“(KdF)-Reisen, mit der Aufstellung von Werkscharen und Betriebssportvereinen sollte den Arbeitern ein Bild ihres Betriebslebens vorgegaukelt werden, das nicht von wirtschaftlichen Widersprüchen und Klassenkampf getrübt war, das vielmehr „Betriebsführer“ und „Gefolgschaft“ vereint zum „gemeinen Nutzen von Volk und Staat“ schaffen ließ. Die Anfälligkeit der Arbeiter gegenüber der Sozialpropaganda der Nationalsozialisten war offenbar gering. Die häufigen Sammlungen und Beitragserhebungen, die Betriebsveranstaltungen und organisierten Maifeiern wurden überwiegend skeptisch und ablehnend betrachtet. Differenzierter war die Reaktion auf Kameradschaftsabende und KdF-Reisen. Die großenteils positive Einstellung gegenüber derartigen sozialen Angeboten darf nicht mit

einer Zustimmung zu der propagierten Gemeinschaftsideologie gleichgesetzt werden. Die „ideellen“ Vorgaben wurden gleichsam materialistisch interpretiert: die Arbeiter nahmen ihr Recht auf materiellen Ausgleich in Anspruch.

Es scheint, als wenn Industriearbeiter gerade dadurch der NS-Propaganda eine gewisse Immunität entgegenstellen konnten, daß der lebensgeschichtliche Aufbau von Erfahrung sich bei ihnen überwiegend unmittelbar sinnlich vollzog. Solange die Propaganda täglich an einer sinnlich erfahrbaren Wirklichkeit überprüft werden konnte, bestand für das Regime keine Chance, die Industriearbeiter für seine Ziele zu gewinnen. Sie waren eine der ideologisch am wenigsten eingebundenen Gruppen in der Gesellschaft des Dritten Reichs. Doch muß auch festgehalten werden: Die Zerstörung der Organisationen und die Unterdrückung jeder politischen Öffentlichkeit bewirkte eine tendenzielle Aufspaltung von ökonomischem und politischem Klassenbewußtsein und verhinderte so, daß die im Bereich des betrieblichen Alltags gemachten Erfahrungen mit dem Regime auf die politische Ebene übertragen wurden. In dem Maße, wie die Gegenstände der NS-Propaganda jenseits der eigenen Erfahrungswelt lagen und sich so einer unmittelbaren Kontrolle entzogen, wuchs die Chance, auch Industriearbeiter zu gewinnen. Die Hitlerverehrung in weiten Teilen der Arbeiterschaft und die geringe Bereitschaft zum Widerstand gegen den Krieg mögen dies verdeutlichen.

### Klassenkampf und Widerstand

Die Zerstörung der organisierten Arbeiterbewegung hat nicht das Ende jeden Klassenkampfes bewirkt. Allerdings unterlagen die Klassenauseinandersetzungen im Dritten Reich Bedingungen, die zu erheblichen Veränderungen der Art ihrer Austragung führten. Das Zentrum des Klassenkampfes wurde der Betrieb. Hier wurden zunehmend wirtschaftliche Forderungen angemeldet, wurden Lohnkämpfe organisiert, kam es zu kollektiven und solidarischen Aktionen vielfältiger Art. Mit Phantasie und Flexibilität, mit Mut und Geschicklichkeit gelang es insbesondere Arbeitern, die früher politisch oder gewerkschaftlich organisiert waren - und das waren immerhin einige Millionen - die Betriebe nationalsozialistischen Gleichschaltungsversuchen zu entziehen.

Es war in den Berichten durchgängig ein tendenzielles Auseinandertreten von ökonomischem und politischem Bewußtsein zu beobachten. Ein „socialist consciousness“ (Hobsbawm), das der wirtschaftlichen Lage angemessen gewesen wäre, konnte sich bei einem großen Teil der Arbeiter nicht oder nur zögernd ausbilden. Die Erfahrungen der Wirtschaftskrise, eine Entfremdung gegenüber den seit 1933 ohnehin unterdrückten Organisationen der Arbeiter-

bewegung, die nationalsozialistische Informationsdiktatur und nicht zuletzt die terroristischen Sanktionen gegen jedes nichtnationalsozialistische politische Engagement waren dafür verantwortlich.

Ansätze eines Arbeiterwiderstandes im Dritten Reich lagen, so lassen die „Deutschland-Berichte“ vermuten, nicht so sehr in den in die Illegalität hinübergeretteten Organisationsresten von Gewerkschaften und Parteien, nicht in der ebenso risikoreichen wie vom Erfolg her zweifelhaften Agitation konspirativer Gruppen, sondern in dem Weiterbestehen des unter den herrschenden Bedingungen des Faschismus notwendig in neuartigen Formen auftretenden Klassenkampfes. Die in den gemeinsamen Aktionen erfahrene Solidarität der Arbeiter war die Grundlage für eine neue, für das Regime potentiell lebensbedrohliche Klassenformation.<sup>11</sup>

Die konsequente Wahrnehmung ökonomischer Interessen war ihrer Funktion nach Widerstand gegen das faschistische Regime, selbst dann, wenn dies den Intentionen der Beteiligten nicht entsprach. Der Klassenkampf bedrohte sowohl von seinen Zielen her (Gefährdung des Rüstungsprogramms) als auch von den Formen her, mittels derer er ausgetragen wurde (kollektive und solidarische Aktionen), den Bestand der nationalsozialistischen Herrschaft. Aus dem wirtschaftlichen Klassenkampf wurde so, teils nur „funktional“, teils „intentional“, ein politischer Widerstand.

Die Eigenart des Arbeiterwiderstandes brachte es mit sich, daß hier nicht Attentate geplant und Putsche vorbereitet wurden. Hauptziel war vielmehr die Wiederherstellung der Solidarität in der Arbeiterschaft, die Förderung der Klassenformation durch die Initiierung kollektiver und solidarischer Aktionen im Betrieb. Erfolg oder Nichterfolg der Widerstandsbemühungen der Arbeiter lassen sich also nicht an der Häufigkeit von Sabotagefällen und politischen Anschlägen ablesen, sondern an dem Ausmaß, in dem es ihnen gelungen ist, die täglich erfahrenen Widersprüche im Betrieb zu einem Lehrstück über das Wesen des Faschismus zu gestalten, sie zum Ausgangspunkt zu machen für die Entwicklung eines politischen Bewußtseins, das den gemeinsamen Kampf gegen das Regime im Betrieb und darüber hinaus als seine adäquate Praxis begreift.

Der Widerstand der Arbeiter im Dritten Reich ist gescheitert. Realistische Überlegungen zu den Bedingungen der Möglichkeit seines Gelingens hätten anzusetzen an den Erfahrungen des Klassenkampfes in den „Betriebsgemeinschaften“.

---

<sup>11</sup> Vgl. dazu meinen Aufsatz: Politische Opposition als Organisationsprozeß gesellschaftlicher Erfahrung. Zum Widerstandskonzept der SOPADE im Dritten Reich, in: Aus Politik und Zeitgeschehen, B 26, 1984, S. 13-24.